

Satzung
über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung
für Hilfs- und Dienstleistungen der Feuerwehr
der Verbandsgemeinde Wissen
vom 24. Juni 1991
i. d. F. vom 17. Dezember 2001

**Satzung
über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung
für Hilfs- und Dienstleistungen der Feuerwehr
der Verbandsgemeinde Wissen
vom 24. Juni 1991**

Der Verbandsgemeinderat von Wissen hat aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 14. Dezember 1973 (GVBl. S. 419), zuletzt geändert durch Landesgesetz zur Änderung der Gemeindeordnung vom 8. April 1991 (GVBl. S. 110), BS 2020-1), des § 37 Abs. 1 - 3 des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (LBKG) vom 02. November 1981 (GVBl. S. 247, BS 213-50), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Landesgesetzes zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes und des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes vom 8. April 1991 (GVBl. S. 112), sowie der §§ 2 Abs. 1, 16, 18 Abs. 3 S. 2, 27 S. 3, 32 S. 1 und 33 Abs. 1 S. 1 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 5. Mai 1986 (GVBl. S. 103), folgende Satzung beschlossen, welche zuletzt geändert wurde durch die Artikelsatzung zur Anpassung von Satzungen der Verbandsgemeinde Wissen an den Euro vom 17. Dezember 2001:

:

§ 1

Grundsatz

(1) Bei Gefahr im Verzuge sind Anforderungen von Hilfeleistungen der Feuerwehr über den Notruf oder an die Feuerwehr direkt zu richten. Andere Hilfe- und Dienstleistungen sind bei der Verbandsgemeindeverwaltung, dem Wehrleiter oder dem Wehrführer anzufordern.

(2) Für Hilfe- und Dienstleistungen der Feuerwehr erhebt die Verbandsgemeinde Kostenersatz und Gebühren nach Maßgabe der folgenden Vorschriften.

§ 2

Unentgeltliche Leistungen

Vorbehaltlich des § 3 sind unentgeltlich alle Maßnahmen der Feuerwehr zur Abwehr von Brandgefahren, anderen Gefahren oder im Rahmen des Katastrophenschutzes (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2, § 8 Abs. 2, § 19 Abs. 1 LBKG) sowie die gegenseitigen Hilfeleistungen der Gemeinden nach § 3 Abs. 2 LBKG.

§ 3

Entgeltliche Leistungen

(1) Kostenersatzpflichtig sind alle in § 34 S. 1 und § 37 Abs. 1 und 2 LBKG aufgeführten Leistungen der Feuerwehr.

(2) Darüber hinaus sind gebührenpflichtig alle Leistungen der Feuerwehr, die nicht im Rahmen der §§ 8 Abs. 2 und 3 Abs. 2 LBKG und auf die kein Rechtsanspruch besteht, insbesondere

1. überwiegend im privaten Interesse durchgeführte Leistungen, insbesondere Arbeiten auf die Einsatzstelle nach Beseitigung der allgemeinen Gefahr, das Öffnen von Türen, Fenstern und Aufzügen außer in den Fällen der §§ 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2, 2 Abs. 1 Nr. 1;
2. die vorübergehende Überlassung von Geräten zum Gebrauch;
3. die Durchführung von Arbeiten an fremden Geräten;
4. die Erteilung von Unterricht in Kaufhäusern, Krankenanstalten oder bei sonstigen Institutionen.

§ 4

Schuldner

(1) Kostenersatzpflichtig sind die in § 37 Abs. 1 und 2 genannten Personen und Unternehmen.

(2) Gebührenpflichtig ist, wer die Hilfe oder Dienstleistung der Feuerwehr in Anspruch nimmt oder anfordert. Wird die Feuerwehr im Interesse eines Dritten in Anspruch genommen, so haftet dieser für die Gebührenschuld nur, wenn die Inanspruchnahme seinem wirklichen oder mutmaßlichen Willen entspricht oder wenn durch die Leistung eine Pflicht des Dritten, deren Erfüllung im öffentlichen Interesse liegt, erfüllt wird.

§ 5

Berechnung des Kostenersatzes und der Gebühren

(1) Der Kostenersatz und die Gebühren werden nach dem bei den Hilfe- und Dienstleistungen entstehenden Personal- und Sachaufwand bemessen.

(2) Maßgebend für den Personalaufwand sind die Zahl und die Einsatzdauer der im notwendigen Umfang eingesetzten Personen. Als Einsatzdauer gilt die Zeit vom Verlassen des Feuerwehrhauses, in dem die erforderlichen Geräte stationiert sind, bis zur Rückkehr dorthin. Geht der Einsatz nicht vom Feuerwehrhaus aus oder endet er nicht dort, so wird die Einsatzzeit so berechnet, als wäre unter Zugrundelegung normaler Verhältnisse, insbesondere Verkehrsverhältnisse, der Einsatz von dort ausgegangen; dies gilt auch, wenn die Rückkehr zum Gerätehaus sich außergewöhnlich verzögert. Die Einsatzzeit wird auf volle halbe Stunden aufgerundet. Sie ist vom Einsatzleiter oder dessen Beauftragten festzustellen.

(3) Maßgebend für den Sachaufwand ist die Benutzungsdauer der verwendeten Geräte. Als Benutzungsdauer gilt die Einsatzdauer im Sinne des Absatzes 2.

(4) Der Kostenersatz und die Gebühren werden ermittelt, indem

- a) die Zahl der eingesetzten Personen mit deren Einsatzzeit und dem Pauschalsatz nach dem dieser Satzung als Anlage beigefügten Tarif vervielfältigt wird und
- b) die Benutzungsdauer der verwendeten eigenen Geräte mit dem zutreffenden Pauschalsatz nach dem dieser Satzung als Anlage beigefügten Tarif vervielfältigt wird.

(5) Mit den sich nach Absatz 4 ergebenden Beträgen für den Sachaufwand sind alle durch den Betrieb der Geräte entstehenden Aufwendungen, insbesondere Kraftstoffverbrauch, Instandhaltung und Reinigung abgegolten; zusätzlich sind zu zahlen:

- a) für verbrauchtes Material, insbesondere Schaummittel, Löschpulver, Kohlen säure, Ölbindemittel und Prüfröhrchen für Simultantest:
Die Selbstkosten der Verbandsgemeinde zuzüglich eines Zuschlages von 10 v. H. insbesondere für Lagerhaltung.
- b) für den bei Hilfe- und Dienstleistungen beschädigte oder unbrauchbar gewordene Geräte:
Die Reparatur bzw. Ersatzbeschaffungskosten, es sei denn, die Beschädigungen oder die Unbrauchbarkeit sind auf normalen Verschleiß oder grobe Fahrlässigkeit bei der Bedienung durch Feuerwehrangehörige zurückzuführen.
- c) für die Ausleihe abhanden gekommener Geräte die Ersatzbeschaffungskosten,
- d) bei übermäßiger Beanspruchung oder Verunreinigung ein im Einzelfall festzusetzender Zuschlag bis zu 50 v. H.

§ 6

Entstehung des Anspruchs und Fälligkeit

(1) Der Anspruch auf Erstattung von Kosten in den Fällen der §§ 34 und 37 des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (LBKG) entsteht mit Abschluss der erbrachten Hilfe- und Dienstleistung.

(2) Der Anspruch auf Vergütung für eine Maßnahme außerhalb der Gefahrenabwehr entsteht mit der Anforderung der Hilfe oder Dienstleistung. Soweit Geräte überlassen werden, entsteht der Anspruch mit der Überlassung.

(3) Die zu erstattenden Kosten bzw. Gebühren werden durch Bescheid der Verbandsgemeinde angefordert und sind innerhalb von 2 Wochen nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

(4) Die Verbandsgemeinde ist berechtigt, vor Durchführung von Maßnahmen außerhalb der Gefahrenabwehr Vorauszahlungen zu fordern.

§ 7

Haftungsausschluss

Für Schäden, die bei Hilfe- und Dienstleistungen nach § 3 Abs. 2 durch Feuerwehrangehörige verursacht werden, haftet die Verbandsgemeinde nur, wenn der Schaden auf vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten der Feuerwehrangehörigen zurückzuführen ist.

§ 8

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 1. Juli 1991 in Kraft.

Wissen, 24.06.1991

(Scholl)
Bürgermeister

Tarif für die Personal- und Sachkosten bei Hilfe- und Dienstleistungen der Feuerwehr

I. Personalkosten (Einsatz eigener Feuerwehrangehöriger)

1. Für die Berechnung der Personalkosten sind die tatsächlich entstandenen Kosten je Stunde Einsatzdauer eines Feuerwehrangehörigen zu erstatten (Erstattung der fortgezählten Lohn-/Gehaltszahlungen incl. Arbeitgeber-Anteile zur Sozialversicherung), mindestens aber der auf die Arbeitsstunde umgerechnete Monatstabellenlohn der Lohngruppe IX Stufe 8 des jeweils gültigen Monatslohntarifvertrages der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), zuzüglich eines Zuschlages von 80 %.
2. Für Sicherheitswachen wird anstelle des nach Ziffer 1 ermittelten Satzes ein einheitlicher Betrag von **4,00 €** je volle Einsatzstunde je Person zugrunde gelegt.

II. Sachkosten

Die nachstehend angegebenen Beträge beziehen sich – soweit nichts anderes angegeben ist – auf eine Stunde Benutzungsdauer. Beim Einsatz von Fahrzeugen werden deren Einzelgeräte nicht gesondert berechnet.

1	Fahrzeuge	
1.1	Einsatzleitwagen ELW 1	150,00 €
1.2	Einsatzleitwagen ELW 2	200,00 €
1.3	Tanklöschfahrzeug TLF 8/18	250,00 €
1.4	Tanklöschfahrzeug TLF 16/25	300,00 €
1.5	Tanklöschfahrzeug TLF 24/50	350,00 €
1.6	Kleintanklöschfahrzeug KTLF-RP	250,00 €
1.7	Mannschaftstransportwagen MTF	100,00 €
1.8	Mannschaftstransportwagen MTF-L	120,00 €
1.9	Rüstwagen RW 1	450,00 €
1.10	Rüstwagen RW 2	600,00 €
1.11	Tragkraftspritzenfahrzeug	200,00 €
1.12	Teleskopmast	800,00 €
1.13	Löschfahrzeug LF 8	200,00 €
1.14	Löschfahrzeug LF 8/6	300,00 €
1.15	Löschfahrzeug LF 16/12	350,00 €
1.16	Mehrzweckfahrzeug MZF	200,00 €
1.17	Anhänger	50,00 €

1.18	Rettungsboot	200,00 €
1.19	Schlauchwagen SW 1000	300,00 €
1.20	Schlauchwagen SW 2000	400,00 €
1.21	Gerätewagen Atemschutz GW-AS	600,00 €
1.22	Gerätewagen Gefahrgut GW-G2	600,00 €
1.23	Messfahrzeug Gefahrstoffe Mef-G	300,00 €
1.24	Anhängeleiter AL	100,00 €
1.25	Pulverlöschanhänger PA 250	150,00 €
1.26	Drehleiterfahrzeug DLK 18/12	700,00 €
1.27	Drehleiterfahrzeug DLK 23/12	800,00 €
1.28	Tragkraftspritzenfahrzeug TSF-W	250,00 €
1.29	Vorausrüstwagen VRW	200,00 €
2	Feuerwehrtechnisches Gerät	
2.1	Beleuchtungssatz mit 2 Scheinwerfern, je Scheinwerfer einzeln	15,00 € 8,00 €
2.2	Feuerlöscher (ohne Füllung) je Tag	5,00 €
2.3	Motorsäge	20,00 €
2.4	Notstromaggregat bis einschl. 10 KVA	20,00 €
2.5	Ölauffangbehälter	15,00 €
2.6	Pressluftatmer (ohne Füllung) je Einsatz	60,00 €
2.7	Schlammpumpe	20,00 €
2.8	Druckschlauch mit Stahlrohr je Tag	10,00 €
2.9	Tauchpumpe je Tag	20,00 €
2.10	Tragkraftspritze (zuzügl. Maschinist)	40,00 €
2.11	Ölsperre (ohne Verbrauchmaterial) je Tag	70,00 €
2.12	Rettungsschere je Einsatz	60,00 €

III. Personal- und Sachkosten (Kosten für den Einsatz Dritter)

Für entstehende Aufwendungen für den Einsatz von Personal oder Geräten von Dritten werden die der Verbandsgemeinde Wissen in Rechnung gestellten Beträge zuzüglich eines Zuschlages von 25 % der Berechnung der Kostenersätze bzw. der Gebühren zugrunde gelegt.